

Der Vorsitzende führte einleitend aus, wer in den entsprechenden Gremien vertreten sei, wisse, dass der Eisenbahnknoten Köln für die ÖPNV-Infrastruktur das zentrale Problem darstelle. Heute gehe es darum, dass sich die Mitglieder des VRS als Region gegenüber dem Bund und der Bahn positionieren und die Bedeutung unterstreichen.

Abg. Metz machte deutlich, es sei der Geschäftsführung des NVR und vielen anderen Akteuren zu verdanken, dass dieses Thema innerhalb der letzten Jahre einen deutlichen Schwung bekommen habe und auch wesentlich präsenter in der Öffentlichkeit gewesen sei. Es sei richtig, diesen Weg mit der heutigen Resolution noch einmal zu unterstreichen. Seine Fraktion sei allerdings der Auffassung, dass der Kreistag sowohl die Landesregierung als auch die Bundesregierung „auffordern“ solle. Er schlage deshalb vor, die Beschlussformulierung „...die Bundesregierung zu bitten,...“ durch „...die Bundesregierung aufzufordern,...“ zu ersetzen.

Abg. Tendler schloss sich dem Vorschlag des Abg. Metz an und betonte ebenfalls, es sei wichtig, dass man sich in der Region in der Sache einig sei. Die Beschlüsse im Regionalrat und im NVR zeigen dies. Man könne jetzt schon eine erhebliche Zunahme des Güterverkehrs auf der Siegstrecke beobachten. Wenn der Eisenbahn-Knoten Köln nicht ausgebaut werde, könne auch der SPNV-Verkehr in unserer Region so nicht aufrecht erhalten werden. Insofern sei die Resolution sehr wichtig.

Abg. Bausch schloss sich inhaltlich den Ausführungen seiner Vorredner und dem Formulierungsvorschlag des Abg. Metz an.

SkB Treutler äußerte, in der vorletzten Gemeinschaftssitzung mit Bonn habe der NVR-Geschäftsführer bezogen auf den Engpass in Köln den Bau eines weiteren Gleises abgelehnt. Er befürchte, dass durch den Ausbau des Knotens Köln vor allem der Güterverkehr sowohl rechts, als auch links der Rheinschiene noch mehr zunehmen werde.

Der Vorsitzende erwiderte, in der Gemeinschaftssitzung habe der Geschäftsführer der NVR GmbH, Herr Sistenich, klar gestellt, dass zuerst das Problem des Eisenbahn-Knotens Köln gelöst werden müsse, bevor über den Bau eines weiteren Gleises nachgedacht werden könne. Das sei auch gerade der Grund, warum sich der NVR für diese Resolution einsetze.

Abg. Schmitz unterstrich noch einmal die Bedeutung der Resolution. Wenn man berücksichtige, dass die Planungen für den Ausbau noch einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen werden, sei es allerhöchste Zeit, den Ausbau des Knotens Köln als Maßnahme mit vordringlichem Bedarf in den Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen. Wenn die Region nicht rasch agiere, komme es zu einem nicht aufholbaren wirtschaftlichen Nachteil. Zum Wohle der Region sei Einigkeit das oberste Gebot.

Abg. Krauß stellte - bezogen auf die Befürchtungen zum Bahnlärm - klar, dass der Kreis hervorragend mit dem NVR zusammenarbeite und sich für aktiven und passiven Lärmschutz einsetze. Der Güterverkehr nehme nicht erst durch den Ausbau der Infrastruktur zu, er sei jetzt bereits vorhanden. Hinzu komme, dass die Region auf das europäische Güterfernverkehrsaufkommen entlang der Rheinschiene keinen Einfluss habe. Wenn der Ausbau jetzt nicht vorangetrieben werde, seien am Ende die Fahrgäste die Leidtragenden.

Der Vorsitzende erkundigte sich, ob es Bedenken gegen die vorgeschlagene Änderung der Beschlussformulierung gebe. Dies war nicht der Fall. Anschließend ließ der Vorsitzende über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.